

Dresdner Neueste Nachrichten

Einzelgenpreise: Die 26 mm breite Seite kostet 0,35 Reichsmark, für auswärtig 0,40 Reichsmark. Die Anzeigenpreise im Hinblick auf den rechnerischen Teil, 29 mm breit, kostet 2,00 Reichsmark, für auswärtig 2,50 Reichsmark. — Die Druckgebühren für Druckmaschinen sind in der Preisliste an bestimmten Tagen und Wochen eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2 R. Markt
Posten ins Haus monatlich
Postbezug für Monat November 2,00 Reichsmark, für die Lieferungs- und Postgebühren monatlich 2 R. 15. Streifenabhebungen im Inlande wöchentlich 1,05 Reichsmark, nach dem Ausland 1,20 Reichsmark. Einzelnummer 10 R. Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14 194, 27 981, 27 982, 27 983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060
Anzeigenannahme ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages

Nr. 278

Dienstag, 29. November 1927

XXXV. Jahrg.

Sachsens Schulwesen in größter Gefahr

Das Ergebnis der Sonntagswahlen — Die Deutschnationalen verlieren 50 Prozent der Stimmen in Braunschweig — Schwere Wassertatastrophe in Nordafrika

Letzte Warnung

Von sehr gut unterrichteter deutscher Seite wird uns mitgeteilt:

Bei den Verhandlungen um das Reichsschulgesetz fällt es auf, daß Sachsen im Gegensatz zu den anderen Ländern seine kulturpolitischen Wünsche nicht durchsetzen kann. Während überall eine einheitliche Stimmung zu verzeichnen ist, gehen die Meinungen in Sachsen so stark auseinander, daß der Standpunkt der sächsischen Regierung sich nicht hat durchsetzen können. Die anderen Länder bilden gegenüber der Zerfahrenheit und Zerissenheit der sächsischen Vertreter ein einheitliches und geschlossenes Bild. Die Länder, die Simultanfächer haben, treten mit großer Energie für die weitere Beibehaltung ihrer bewährten Schulform ein, und zwar mit um so größerem Nachdruck, als auch die katholischen Lehrervereinigungen und manche Parlamentarier im Interesse des Schulfriedens die Beibehaltung der bisherigen Schulform verteidigen. In Preußen herrscht die Befürwortung der Simultanfächer vor, wenn auch eine Reihe von Simultanfächern angetreten ist. Infolgedessen fällt das preussische Votum der Befürwortung. So hat man das einheitliche Bild, das alle Länder das erhalten, was sie brauchen und wollen: die Simultanländer ihre Simultanfächer und Preußen ebenfalls seinen bestehenden Zustand, nämlich die Befürwortung der Simultanfächer. Nur Sachsen geht leer aus, obwohl Sachsen gerade am meisten bedürftig ist und sich seit Jahren nach einem Schulfrieden sehnt. Es ist kein Zweifel, daß hier ein großes Teil Schuld an den sächsischen Parteien liegt, die nicht miteinander, sondern auseinander stehen und jeden sächsischen Schritt wirkungslos machen. Infolgedessen besteht die Gefahr, daß Sachsen durch das Reichsschulgesetz gerade das bekommen wird, was es nicht gebrauchen kann. Es kann auch heute schon kein Zweifel mehr unterliegen, daß das Reichsschulgesetz eine geistliche Schulaufsicht in gewissem Sinne beschreiben wird. Wenn auch heute eine geistliche Schulaufsicht mit geistlichen Ortschulinspektoren usw. nicht möglich ist, so ist es doch sicher, daß den obersten geistlichen Behörden das Recht der Einschuldung in den Religionsunterricht gewährt werden wird. Sollte auch hier nicht das Wort gelten: „principia obsta“, im Anfang widerstehe?

Ankunft der Russen in Genf

Telegramm unfres Korrespondenten zw. Genf, 28. November

Die russische Delegation, die bekanntlich an den Beratungen der vorbereitenden Abklärungskommission teilnehmen wird, ist am Sonntagabend von Berlin kommend in Genf eingetroffen. An der Schweizer Grenze in Basel wurde die Delegation von einigen Schweizer Kommunisten begrüßt. Vom Bundesbahnhof aus reiste die Delegation in einem der neuen Salonwagen der Schweizer Bundesbahn weiter. In Genf hatte man zur Ankunft der russischen Delegation weitgehend die Vorkehrungsmassnahmen getroffen, da vor kurzem in einem offenen Brief eines antikomunistischen Komitees an die Schweizer Regierung Drohungen enthalten waren, die auf die Möglichkeit eventueller Zwischenfälle hinwiesen. Die Schweizer Behörden hatten sich deshalb veranlaßt gesehen, abermals für die Russen einen besonderen Sicherheitsdienst anzuordnen. Auf dem abgeperrten Perron in Genf erhielten nur Pressevertreter mit Ausweisen Zutritt. Die russische Delegation wurde darauf in Autos nach ihrer Wohnung im „Hotel de la Paix“ gefahren. Dieses Hotel wird Tag und Nacht von besonders instruierten Sicherheitspolizisten überwacht. Man ging sogar so weit, sämtliche Hotelgäste mit photographischen Identifikationskarten zu versehen, mit denen sie allein das Haus betreten dürfen. Die Russen erklärten auf die Frage, weshalb sie schon jetzt nach Genf kommen, daß sie sich für die Kommissionsberatungen, die am 30. November beginnen, schon einigermassen vorher informieren wollten. Die letzten Mitglieder starke Delegationen, der vier Frauen angehören, dürfte ihre Arbeiten bereits heute aufnehmen.

Ruf nach links

Wer die politische Entwicklung Deutschlands in den letzten Monaten verfolgt hat, kann unter keinen Umständen über den Ausgang der verschiedenen Wahlen des gestrigen Sonntags irgendwie überrascht sein. Welche Ursachen ergeben gleiche Wirkungen. Und da das Bürgerium bei dem Aufmarsch zu den Landtagswahlen in Braunschweig und zu den Gemeindevahlen in Mecklenburg in der gleichen Zerpfalterung erschienen wie seinerzeit in Oldenburg, Königsberg, Hamburg, usw., so ergibt es auch gestern die gleichen schweren Verluste.

Am interessantesten ist natürlich das Ergebnis in Braunschweig. Bekanntlich wurde dieses Land in den ersten Jahren nach der Revolution in extrem-sozialistischem Sinne regiert. Diesem Regime folgte bei den letzten Wahlen im Jahre 1924 selbstverständlich der Gegenstand: Braunschweig wurde seitdem von den Reichtsparteien beherrscht und verwaltet. Nun erfolgt wieder die Reaktion gegen dieses einseitige Parteiregime durch einen sehr starken Sieg der Sozialdemokratie und durch überaus starke Verluste der bürgerlichen Parteien. Braunschweig dürfte also nunmehr wieder zur Abwechslung im Sinne der extremen Linken regiert werden, und dann kann in drei Jahren erneut die extreme Rechte an die Reihe kommen. So steht das unglückliche Land, wenn bis dahin der Einheitsakt nicht verwirklicht worden ist, vor der Aussicht, ewig der Spielball einander wütend bekämpfender parteipolitisch-erliquen zu werden. Wie soll unter diesen Umständen sachliche Verwaltungsbearbeitung geleistet werden?

Besonders bemerkenswert am Ausgang der braunschweigischen Wahlen ist die geradezu vernichtende Niederlage der Deutschnationalen, die etwa fünfzig Prozent ihrer Stimmen und ihrer Mandate einbüßten. Aber auch die Deutsche Volkspartei hat durch den Verlust von etwa zehntausend Stimmen schwer zu zahlen für ihre enge Arbeitsgemeinschaft mit der politischen Rechten und ihre außerordentlich unklare Haltung zu dem in Braunschweig eine große Rolle spielenden Stahlhelm. Die Demokraten haben, soweit sich die Situation bisher übersehen läßt, ihre allerdings sehr kleine Mandatszahl behauptet, aber doch auch etwa zwanzigtausend Stimmen verloren, ein Verlust, der bei dem Umfang der demokratischen Partei wenig sehr ins Gewicht fällt. Eine große Anzahl Stimmen ging natürlich wieder vollkommen verloren oder endete mit der Wahl höchstens eines Vertreters in das Parlament, der dort natürlich völlig macht- und einflußlos ist.

Das Wahlergebnis in Braunschweig

× Braunschweig, 28. November

Nach den am Mittwoch vorliegenden nichtamtlichen Ergebnissen der einzelnen Kreise des Landes schaltete sich das Endergebnis der gestrigen Landtagswahl für den Freistaat Braunschweig wie folgt:

	Stimmen	(1924)
Sozialdemokraten	128 195	(108 488)
Deutschnationale	26 229	(51 259)
Deutsche Volkspartei	89 705	(47 329)
Christlich-sozialistische Einheitsliste	22 106	(20 070)
Demokraten	12 692	(14 775)
Kommunisten	12 942	(12 527)
Nationalsozialisten	10 320	(9 471)
Braunschweig-Niederländ. Partei	3 396	(8 791)
Zentrum	4 600	(4 639)
Land- und Grundbesitzer	12 270	
Volkrechtspartei	4 658	

Nach dem vorläufigen Ergebnis verteilen sich die Sitze im neuen braunschweigischen Landtag wie folgt: Sozialdemokraten 34 (29), Kommunisten 2 (2), Demokraten 2 (2), Deutschnationale 5 (10), Deutsche Volkspartei 8 (9), Christlich-sozialistische Partei 4 (4), Land- und Grund-

besitzer 2 (9), Nationalsozialisten 1 (1), Zentrum und Volkrechtspartei bekommen ebenso wie die Braunschweigisch-Niederländische Partei keinen Sitz.

Gemeinderats- und Kreistagswahlen in Anhalt

× Dessau, 28. November

Die Gemeinderats- und Kreistagswahlen, die am Sonntag in ganz Anhalt abgehalten wurden, hatten folgendes Ergebnis:

Stadtverordnetenwahl in Dessau: Sozialdemokraten 15 Sitze (1924: 16 Sitze), Kommunisten 2 Sitze (1), Grundbesitzer 4 (5), Bodenreformer 2 (9), Demokraten 2 (4), Bürgerliche Einheitsliste 11 (10).

Wahl zum Dessauer Kreistag: Sozialdemokraten 6 (9), Kommunisten 2 (1), Demokraten 2 (2), Bodenreformer 0 (9), Rentner 0 (9), Bürgerliche Einheitsliste 8 (8).

Stadtverordnetenwahl in Bernburg: Kommunisten 4 (2), Sozialdemokraten 11 (12), Mittelstandsvereiner 5 (2), Demokraten 1 (1), Gemeinschaftsliste 8 (11), Volksliste 0 (1).

Wahl zum Bernburger Kreistag: Sozialdemokraten 8 (9), Kommunisten 3 (2), Volksgemeinschaft 8 (7), Demokraten 1 (1), Volksliste 0 (9).

Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Strelitz

× Rostock, 28. November

Die gestern in allen Städten von Mecklenburg-Strelitz, mit Ausnahme von Neubrandenburg und Friedland, wo bereits vor kurzem gewählt wurde, vorgenommenen Wahlen zu den Stadtparlamenten lassen einen deutlichen Ruf nach links erkennen, der sich allerdings in den Mandaten weniger bemerkbar macht, da an sich zerpfalterten bürgerlichen Parteien Überverbindungen eingegangen waren und dadurch zum großen Teil ihren Besitzstand wahren konnten. Gegenüber den letzten Landtagswahlen vom 3. Juli dieses Jahres haben die sozialdemokratischen Stimmen um rund 26 Prozent zugenommen.

Der Stahlhelm zu den Reichstagswahlen

× Magdeburg, 28. November

Der Stahlhelm hielt am 28. und 27. November in Magdeburg eine Bundeskonferenz ab. Die Stellungnahme des Stahlhelms zu den nächsten Reichstagswahlen wurde in folgender einmütig gebilligter Entschliessung festgelegt:

„Der Stahlhelm steht im heutigen Parlamentarismus und in der Parteienwirtschaft den Grundgedanken unfres Volkstumslebens. Deshalb lehnt er eine Empfehlung bestimmter Parteien ab. Er kann nur solche Wahlvorschlüsse unterstützen, auf denen im Einklang mit den Bundesverbandsführern ausgewählte Stahlhelmkameraden an führender Stelle aufgestellt werden. Die Bundesverbandsführer werden aufgefordert, auf die Bildung der Schwarz-weiß-roten Einheitsfront, gegen die international-sozialistisch-marxistischen Kräfte, hinzuwirken.“

Der nächste Reichstagsfrontpostentag wird am 2. und 3. Juli 1928 in Hamburg abgehalten.

Die Elstßer Nationalisten Eine Belehrung durch Poincaré

× Berlin, 28. November

Die „Montagspost“ läßt sich aus Stralsburg berichten: Unter den nationalistischen Vereinigungen, die ihre Freude über die Unterdrückung der autonomen Presse des Elbs durch Dankelegramme an die Regierung bekunden zu müssen glauben, bestand sich auch der Stralsburger „Reichs-Elst“. Sein Vorstand telegraphierte im Gefühlsübermaß folgende „Wohlwünsche“ behend zur Unterdrückung der „Bode-Zeitungen“. Dem „Elst“-Kurier zufolge hat der oberrheinische Schimpfwortredner Herr Poincaré den Widerspruch an den Abänderer zurückgegeben, falls, mit dem Vermerk, er sei nicht in der Lage, ein Telegramm anzunehmen, dessen Wortlaut beleidigend sei für ein Nachbarvolk, mit dem Frankreich in friedlichen Beziehungen stehe.

Der Konflikt im Osten

Unhöfliche Ermahnungen aus England
Telegramm unfres Korrespondenten
RF. London, 28. November

Die englische Presse setzt in dem polnisch-litauischen Konflikt ganz ausgesprochen auf Seiten Polens. Diese Haltung entspricht der eng-



lischen Politik, die sich im letzten Jahre stark zugunsten Polens entwickelt hat. Die heutigen Morgenblätter halten die Vorwürfe, daß Polen agrarische Hoffnungen Litauens habe, für widerlegt und erwarten, daß die ganze Angelegenheit vor dem Tribunal des Völkerbundes eine befriedigende Lösung finden werde. Die „Times“ betonen dabei, wieviel von der Haltung Deutschlands abhängen. Es sei klar zu begründen, daß Deutschland sich nicht mit dem extremen Standpunkt Litauens identifiziert habe. Man könne jetzt hoffen, daß der jüngste russische Versuch, Deutschland in die Lage zu zwingen, den Moskauer Standpunkt in Genf vertreten zu müssen, nicht abgeschlossen sei. Dr. Stresemann habe sich gerade jetzt durch seine persönliche Intervention in den deutsch-polnischen Verhandlungen ein großes Verdienst um den Frieden in Osteuropa erworben. Dieser Erfolg würde zum Teil hinfällig werden, wenn Deutschland in dem Streit über Litauen als Rußlands Verbündeter gegen Polen aufzutreten würde.

Der Standpunkt Litauens

Kein Verzicht auf Wilna
× London, 28. November

Auf eine telegraphische Bitte des Ministerienbüros in Berlin an den litauischen Ministerpräsidenten Wolodemas, sich über einige Punkte in den Beziehungen zwischen Litauen und Polen zu äußern, gibt Wolodemas der Uebersetzung Ausdruck, daß bei der Anweisung gewisser Unruhen in Litauen durch litauische Emigranten Einflüsse der polnischen Regierung mitgewirkt hätten. Auf die Frage, ob die gegenwärtige litauische Regierung bereit wäre, zu Polen wieder normale Beziehungen durch Verzicht auf Wilna aufzunehmen, erklärt Wolodemas mit größter Entschiedenheit, daß keine der litauischen Parteien bereit wäre, einen solchen Verzicht auszusprechen, am allerwenigsten seine eigene Partei. Er sei bereit, normale Beziehungen mit Polen wieder aufzunehmen, wenn eine befriedigende Verständigung mit Polen hinsichtlich Wilnas erreicht würde, und wenn Polen die Bereitwilligkeit zeigte, die Unabhängigkeit Litauens zu achten. Auf die weitere Frage, ob die litauische Regierung der Meinung sei, daß die Streitigkeiten zwischen Litauen und Polen durch den Völkerbund geregelt werden könnten, verweist Wolodemas auf den früheren und den jetzt wieder an den Völkerbund gerichteten Appell, aus dem sich eine ausreichende Antwort auf diese Frage ergebe.

Der „Temps“ als Schulmeister

Telegramm unfres Korrespondenten
ch. Paris, 28. November

Die vorsichtige Haltung der Reichsregierung im polnisch-litauischen Konflikt hat in Paris, wo man heiß bestritt ist, angebliche „deutsch-russische